

102 XIX. GP.-NR  
1792 1J  
1995 -07- 14

## ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober

Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend den Verdacht der unbefugten Datenweitergabe heeresgeheimdienstlicher Akten.

Am 23. April erschien im KURIER unter dem Titel *"Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen"* ein Foto eines angeblichen *"Trainings mit Schlagstöcken"*. Bei diesem Training handelte es sich in Wirklichkeit um ein vom 19. bis 21. April 1985 im Jugend- und Kulturclub "Taverne" in Michelstetten von einem damaligen Mitglied der "Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung" (heute "ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit") durchgeführten "Training für gewaltfreie Aktionen und Zivilen Ungehorsam" in der Tradition von Gandhi und Martin Luther King.

Einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Paul Kiss vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) waren bis zu zehn Jahre alte und zum Großteil bereits vergriffene Artikel der Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus" sowie ein Werbefolder für letztere beigelegt.

Es besteht der Verdacht der unbefugten Datenweitergabe durch Beamte einer Ihnen unterstehenden Behörde, insbesondere des Heereanachrichtenamtes (HNA) oder des Heeresabwehramtes (HAA).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## ANFRAGE:

1. Wurden die genannten Informationen oder Teile derselben von Beamten einer Ihnen unterstehenden Behörde – insbesondere HNA oder HAA – an die ÖVP, Journalisten – insbesondere des KURIERS – oder andere weitergegeben? Wenn ja, von wem und an wem?
2. Existieren heeresgeheimdienstliche Akten über
  - a. das von 19. bis 21. 4. 1985 im Jugend- und Kulturclub "Taverne" in Michelstetten oder andere von der ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit abgehaltene gewaltfreie Trainings;
  - b. die von Abgeordneten Kiss vorgelegten Artikel aus den Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus"?

Wenn ja:

- 2.1. Bei welcher Behörde liegen diese Akten auf?
  - 2.2. Was ist der Inhalt dieser Akten?
  - 2.3. Welches sind die Quellen dieser Akten?
  - 2.4 Beruhen Teile dieser Akten auf Informationen der Staatspolizei? Wenn ja, welche?
  - 2.5. Haben Angehörige des HNA, des HAA oder andere Ihnen unterstehende Beamte an den unter 2.a. genannten Treffen teilgenommen?
  - 2.6. Existieren bei HNA oder HAA Fotos über die unter 2.a. genannten Treffen? Wenn ja: Wurden diese Fotos von Beamten des HNA bzw. des HAA aufgenommen? Wenn nicht, wie gelangten diese in den Besitz der Fotos?
  - 2.7. Aus welchem Grund wurden diese Akten angelegt? Welche Gefahr ging bzw. geht von
    - gewaltfreien Trainings und
    - Artikeln der Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus" aus?
3. Halten Sie Wehrdienstverweigerung und Berichterstattung über diese für eine Gefahr für die Sicherheit dieses Landes, die eine heeresgeheimdienstliche Überwachung rechtfertigt ?

## **Beilagen**

Auschnitte aus KURIER vom 23. 4.

Beilagen des Abgeordneten Paul Kiss zu seiner Anfrage vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) betreffend die Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus"

Gleichzeitig fahnden die Kriminalisten nach Gregor Thalers Freundin, Beate

1792/J XIX. GP - Anfrage (gescanntes Original) -  
einen „geheimen Akt“ in der Stadtpolitik für die KP tätig.

Die Fahnder haben je-

Eder, La Garde, Linde

Bild: BKA  
Fahnder suchen Freundin von Gregor Thaler

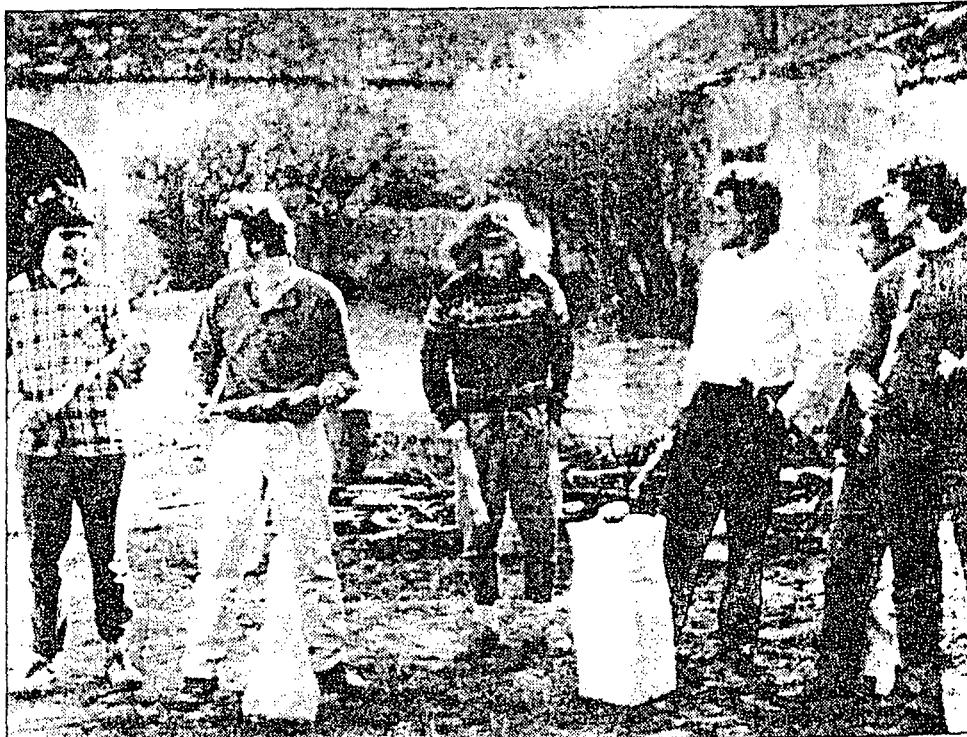
## Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen

Egal, ob bei einer Aktion des „Revolutionären Bräuhofes“, einer Operation der „Schwarzen Distel“ oder nur bei einer Demonstration der „Antimilitaristischen Gruppe Wien“ für jene Wehrdienst-Totalverweigerer: Die mutmaßlichen Terroristen von Ebergassing, Gregor Thaler und Peter Konicek, waren immer dabei. Es waren ausschließlich „linke“ Aktivitäten. Eine Szene, die von manchen als dezidiert harmlos bezeichnet wurde.

Harmlos war es sicher nicht, als die Anarchisten zugunsten eines wehrwillingen Ex-Libanesen im Jänner 1988 vor dem Kreisgericht Korneuburg skandierten: „Richtet die Richter - von selbst krepier'n sie nicht!“ Konicek schwang dazu die schwarze Anarchisten-Fahne.

Ab Hainburg zeichnete sich die Gewalt bereits ab

An die angebliche Gewaltlosigkeit von „Spontis“ und „Fundis“ aus der Anarchoszene wollten Staatschützer schon nach den Geschehnissen um das verhinderte Kraftwerk Hainburg nicht so recht glauben. Mitte der 80er Jahre organisierten nämlich Links-Extremisten in einem Bauernhof in Michelstetten, NÖ, das, was bei den Rechten als „Wehrsportgruppe“ traurige Berühmtheit erlangte.



Training mit Schlagstöcken war ein Teil des Ausbildungsprogrammes für linke Aktivisten

### Die „Kämpfer“-Gruppen trugen offen ihre Namen

Trainiert wurde mit Schlagstöcken, wie man die Polizei bei gewaltsamen Besetzungen abwehrt, wie man Menschenkugeln bildet und ähnliches.

Die Zentren potentieller Links-Terroristen waren leicht zu orten, denn sie tragen und trugen offen Namen wie „Rotstilzchen“

oder „Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“. Dazu gehört die öffentlich subventionierte Anarchistenpostille „TaT-blatt“:

In dieser beklagte einmal der offensichtliche Urheber eines mißglückten Bombenanschlags gegen die Baufirma Hazet (sie war am Aegidigassen-Haus-Abbruch beteiligt) anonym die Unzuverlässigkeit der handelsüblichen Wecker. Außerdem, so wurde dort geraten, sollte nächstens das Schloß Belvedere brennen...

chen Wecker. Außerdem, so wurde dort geraten, sollte nächstens das Schloß Belvedere brennen...

Die Profilierungsversuche der Autonomen sind zahlreich, wurden aber wegen besonderer Erfolgslosigkeit von der Exekutive meist nur als „Vandalenakte“ registriert. So nannten sich unbekannte Kraftwerksgegner im Oktober 1986 „Sägefische“ und sägten in der Nähe des Reaktorzentrums Seibersdorf bei Wasenbruck alle vier stählernen Füße eines ÖBB-Strommastes durch.

### ÖBB-Mast blieb trotz der angesägten Beine stehen

Der blieb aber trotzdem stehen. Und konnte nicht - wie offensichtlich geplant - eine EVN-Leitung mitreißen. In einem hinterlassenen Flugblatt mokierten sich die Strom-Terroristen über „diverse Sauereien der E-Wirtschaft“, Nagymaros zum Beispiel.

Kleinere, aber ebenfalls unbeachtete Sabotageakte wurden bis zum Oktober 1994 registriert.

Zuletzt bohrten mutmaßliche Anarchisten auf einer Baustelle beim Gaswerk Korneuburg Hunderte kleine Löcher in Gasrohre.



Bei Demonstrationen wurde Gewalttätigkeit offen auf Transparenten kundgetan

## SP-Kritik

Nebenp... Wiener S... teitages, b... mann Mi... die Wiene... Kampf ge... der aufrie... Mikrofone... Kritik am... kenken S... ster Caspa... Grund: Ei... nen Zu... zwischen c... attentat a... autobahn... der lin... mistensze...

URIGER, 23. 4. 1995

# ZEITSCHRIFT für ANTIMILITARISMUS

Das Militär betreibt Imagepflege, denn die "Verteidigungsbereitschaft" sinkt. Der Begriff "Pazifismus" gerät ins Zwischenrhe, wenn sich sogar das Heer als Friedensbewegung deklariert. Etikettenschwindel: Die Welt entspannt sich. In Absatzungsverhandlungen, die Waffen aber werden nur im Meer geworfen. Seegestützt Ost und West knallen laudner Neujahrsgruß auf die Bildschirme; Das österreichische Bundesheer marschiert in Armenien ein. Die Hörer schimpfen: Das Österreichische besessen! Ihr Heer nur mehr als Katastrophenchützfeuerwehr. Wo bleibt denn da der Wehrwill? Feuer sollen wir Österreich verteidigen, morgen schon ist NATO. Zivile, schützt euch, dann können wir mehr kaputtmechanen Zivildienst im Dienste des Heeres. Totalverwelgorer gehon ins Gefängnis. Wladimir Putin ist angezeigt. Amnesty International stellt fert: östliche Häftlinge in Österreich

Schlechte Zeiten für AntimilitaristInnen. Doch wir müssen die antimilitaristische Arbeit fortführen, vor auch uns die neokonservative Welle wegweisen. Das Militär als Schule der Nation zu hänzen zieht keine Bildungslücken nach sich, wohl er, wenn seine Rolle als Quelle struktureller Gewalt im zivilen Bereich verkannt wird. Friede ist mehr als offensivstand, heißt es, aber stehen die Waffen still? Inflame und Draken steigen. Die Demokratie steht bald vor militärischem Sperrgebiet. Der Militärkult ist tief in den Wurzeln in der Gesellschaft, der Antimilitarismus braucht sie, sonst haben wir bald keine Gesell-

heit mehr, sondern nur mehr Militär. Die alten Ideologien pflegen alle ihre Dialektik zum Stoer, vom Militärfaror, bis zum Totalitarismus. Aber bei ihnen, die bla militäzen, ist es bei "Waffen" nicht mehr so beliebt. Generationskonflikt. Die Füße für Zivildienster werden weigergeschafft noch, Zivildienst beim Heer abschaffen zu müssen. Das gehorkt noch. Antimilitarismus,

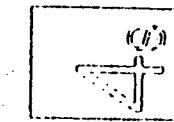
Also gibt es jetzt eine Zeitschrift für Antimilitarismus, kurz ZAM. Der Antimilitarismus in Österreich hat zwar eine breite Basis, die aber weder organisiert ist noch einen Ausdruck findet; zu groß ist die Propaganda der sogenannten unabhängigen Medienmacht. "Gegen das Militär zu sein" ist allein kein wirksames Programm. Antimilitarismus ist mehr als nur "Gegen das Militär". Antimilitarismus heißt, neue Formen der Gesellschaft zu suchen, gewaltarme Formen, ohne Unterdrückung und Menschenverachtung. Antimilitarismus ist eine Utopie. Antimilitarismus ist keine Ideologie, denn Ideologie ist nur eine Auseinandersetzung, die an der Wirklichkeit vorbei zu denkt. Daher steht kein herkömmlicher Leitspruch an der Spitze der Bewegung; kein Schlagwort, das fälschlich, Tatsachen, zu unterstellen. Das Militär abzuschaffen; ist aber ein Sprenganz für die Gewaltlogik der Macht, denn das Lügengeblüte der Herrschenden hilft nur durch den Zement Militär. Wer das Militär anerkennt, erkennt auch seine Struktur, seine Autorität über und seine Forderungen an den Rest der Gesellschaft. Er/Sie muss sich seiner Logik anpassen und sich auf seine Normen reduzieren. Denn es gibt keine anderen zu, sonst würde es aufhören zu existieren. Das wollen wir ja. Militär und Gedankenspolizei sind Gegensatz. Also erkennen wir das Militär nicht an, und mit jeder Anerkennung bröckelt das Fundament der herrschenden Klasse, bis es bricht.

Wir als Redaktion der ZAM wollen keinen Antimilitarismus produzieren, wir wollen den vorhandenen unordentlichen Strömungen Stimmme verleihen, also propagieren. Daher gibt es auch keine definitiven Blattlinien, sondern kritische Analyse legt den Widersinn militärischer Logik dar. Pazifismus ist ein heikles Thema, denn der Begriff ist schwammig. Vielleicht gelingt es, ihm eine klare Position zu vermitteln, wenn ideologische Wortspiele damit enttarnt werden. Militär

und Industrie, Militär und Politik. Dieser Filz erlaubt leicht, Schuhklappen aufzuhalten, wenn Themen etwas abseits der reinen Heerekritik liegen. Was sich durch die Militärgewalt in der Psyche eingeblut, kann anderwo Mythen blühen - die Arbeit ist wirklich breit gesichert. Keine Zeit für Ruhepausen und Lorbeeren...

Das Militär zu entblößen, bedarf es nur wenig, wir brauchen es nur zu zitieren; die Aussagen sprechen für sich selbst, wenn sie der mythologischen Glorie entzweit werden. So wichtig es ist, gegen das Militär auszuhallen.

10.10.1972/198/38/1/59  
SCHOTTENBAUSS 38/1/59  
ARGE ZIVILDIENST



međunarodna

agieren, Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der altheren Alltagsgewalt tut noi. Also werden auch reagieren und darüber berichten, uns aber nicht von einem Stil leiten lassen. Militär und Staat sind untrennbar miteinander verknüpft. Also stellen wir den Staat in Frage; internationale Zusammenarbeit ist notwendig. Weltweit verwelgern Menschen den Kriegsdienst. Eine klare Zielvorstellung gibt es nicht und soll es nicht geben. Gesellschaft entwickelt sich und Militär friert sie ein. Bischreiter. Nicht nur Inlandswale sollen befreit werden.

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift für Antimilitarismus. Diese erscheint achtmal im Jahr. Das Abonnement kostet 150,- ÖS/Jahr. Auslandabonnement 250,- ÖS / 36,- DM / 32,- SFR
- Ich möchte Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit werden (inkl. einem Abo ZAM). Mitgliedsbeitrag 250,- ÖS/Jahr für Werktürlgo / 200,- ÖS für Nichtwerktalige
- Ich bestelle die aktuelle Nummer von ZAM zum Preis von 25,- ÖS.

Die Bestellung ist innerhalb von 14 Tagen schriftlich bindbar. Ich zahle das Abonnement/Mitgliedsbeitrag auf das BAWAG-Konto Nr. 10010-670-573 Bankleitzahl 14000 ein. Das Abonnement/die Mitgliedschaft läuft ab Eintreffen der Einzahlung.

Meine Anschrift:

Name

Straße

RZ 0

Datum und Ort

# Was ist?

Die Zeitschrift für Antimilitarismus ist Österreichs einzige urteilende, kritische Zeitschrift. Wir berichten regelmäßig über Aktivitäten über auch Grundsätzliches zu den Themen Militär- und Rüstungskritik, Wohrdienstverwaltung in Österreich und International sowie über Friedapolitische Aktionen und Aktivitäten.

Herausgegeben wird ZAM von der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, die blauer, sowohl in Wien (Gewaltfrei Widerstand) wie auch in Graz (Solidarität) eine eigene Zeitschrift produzierte. Beide Zeitschriften können auf eine überaus zünftige Geschichts- und Dokumentation. Durch die Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen können wir nicht nur ein größeres Publikum erreichen, sondern auch sicher machen, daß akzentuierte Informationen bieten. Ab Anfang Februar 89 werden wir in einem sechswöchigen Rhythmus, mit einer kleinen Pause in den Sommerferien, erscheinen. Das bedeutet nicht statt blauer, sondern im Jahr Abwechselnd wird die "Solidarische Rundschau" in Wien und in Graz die Hauptarbeit übernehmen und auch hoffentlich viel Lesenwertes bieten. Viel Vergnügen beim Lesen von ZAM.

## Folgende Materialien können Ihr bei uns bestellen

- Weißbuch Landesverteidigung: Kritik 30,- der militärischen Sicherheitspolitik in Österreich
- Soziale Verteidigung zur sozialdemokratischen Konzeption 25,-
- Zivildienst: Von der Antragstellung, ordentlichen und außerordentlichen ZD 25,-
- TV-News: Materialien zur Totalverwaltung in Österreich 20,-
- Raketenaufrüstung in Österreich 20,- Vom staatavertraglichen Verbot bis zur Nato Angleichung
- Abfangjäger: Das z. Milliardenspiel 15,-
- Schalten Über Österreich 10,-
- Stoppt die Atomtests 10,-

ZIVILDIENST und  
TOTALVERWEIGERUNG  
in ÖSTERREICH  
WAFFENMARKT und  
ÖSTERREICH  
FRIEDENSGEFANGENE  
MATERIELLE und  
GEISTIGE  
AUFRUSTUNG  
SPRACHGEWALT  
WEHRPFlicht  
BEFREJUNGEN und  
MILITARSTRAFEN

# INHALT

## Grundlagen

Soziale Verteidigung - Zugänge zum Thema.....3  
Warum und wie begann man - von verschiedenen Seiten her - sich mit SV zu beschäftigen?

Vier Säulen des Widerstandes.....5  
Vier tragende Grundprinzipien der SV

Drei - Phasen - Modell.....7  
Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche Konfrontation

## Historische Beispiele

CSSR 68: Worte gegen Gewehre.....10  
Über den Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen den Eimarsch der Warschauer Pakt Truppen am 21. August 1968

Nichtzusammenarbeit - Schwejk Methode.....15  
Aus der Serie "Soziale Verteidigung - Spezialprobleme" eine Auseinandersetzung mit der literarischen Figur des "braven Soldaten Schwejk"

Die Gewaltfreie Aktion.....16  
Eine Buchbesprechung

Gewaltfreie Befreiung in Lateinamerika ?.....  
Ist ein gewaltfreier Weg zur Befreiung Lateinamerikas möglich? Zwei Beispiele gewaltfreier Aktion: El Salvador 1944 und Chile

## Diskussion

SV mit/neben/gegen das Militär.....  
Darstellung der Diskussion um verschiedene Einschätzungen und Strategien der SV

Soziale Verteidigung - Flucht ins Modell.....  
SV als Ordnungskonzept für den Staat - ein gefährlicher Weg

verteidigungswert? .....  
Was wollen wir überhaupt verteidigen?

Soziale Verteidigung - Verteidigung der Gesellschaft gegen den Staat (Ein Rückblick)  
Pierre Räms und der Bund herrschaftsloser Sozialisten - österr. Anarchisten als Vordenker für Soziale Verteidigung

## Als Mittelblatt:

Soziale Verteidigung in Österreich (Plakat)  
Termin/Anzeigen/Materialiste

# EDITORIAL

Soziale Verteidigung ist ein Dauerbrenner für die Friedensbewegung. Doch hinter diesem Begriff stehen sehr verschiedene Konzepte und Strategien.

Manche basteln an möglichst realistischen Konzepten, um diese ihren Regierungen anzubieten. Diese sollen - per Dekret - von militärischer auf soziale Verteidigung umrüsten. Als gälte es nichts weiter zu verändern als das Verteidigungskonzept. Soziale Verteidigung degeneriert so zu einer "quasi-militärischen Verteidigung - ohne Waffen".

Wir meinen, daß soziale Verteidigung nur in einer entmilitarisierten Gesellschaft möglich wird. Diese aufzubauen, also der "Soziale Angriff" auf das Militär und den Militarismus, ist unser Ziel. Dies mit Methoden des gewaltfreien Aufstandes. Am Weg zu dieser entmilitarisierten Gesell-

schaft üben die Basisgruppen automatisch jene Methoden, die als "Soziale Verteidigung" dann beitragen sollen, diese neue Gesellschaft gegen bewaffnete Interventionen von innen und von aussen zu verteidigen.

Für alle, die mehr über SV wissen wollen, folgende Literaturtips:

- \*) Sondernummer der Zeitschrift "graswurzelrevolution" zum Thema soziale Verteidigung, (2000 Hamburg 50, Nernstweg 32)
- \*) Wolfgang Koch: Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption
- \*) Theodor Ebert: Soziale Verteidigung I; Soziale Verteidigung II; Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg; Ziviler Ungehorsam - von der APO zur Friedensbewegung; alle: Waldkircher Verlags GmbH.
- \*) Boserup/Mack: Krieg ohne Waffen (rororo 1710)

- \*) M.A.N. Gewaltfreier Kata Selbstverwaltung (Zündholz)
- \*) Günther Gugel/Horst Furter: Gewaltfreie Aktion (Mat.7, 1985 f. Friedenspädagogik Tübingen)
- \*) Günther Gugel: Gewaltfrei - ein Lebensprinzip (Mat.6, 1985 f. Friedenspädagogik Tübingen)

Noch ein Wort zur Herbstausgabe der Redaktion. Wir sind nur wenige Mitarbeiter/innen. Um Leute in die Redaktionsarbeit zu führen, planen wir für Wochенende Sa., den 5.10. u. 6.10. 1985 ein Wochenendseminar. Das Thema "Redaktionsarbeit: GEWALT FREIEN WIDERSTAND" (Anmeldungen bitte so bald möglich, aber bis spätestens 1.9.1985 an die Redaktion)

Zum Schluß noch einige Redaktionstermine:  
Nachbesprechung der 24.Juli 1985, 19 Uhr  
Redaktionsschluß Nr.5/85: 21.8.1985

## IMPRINT:

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit  
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.:0222/63 80 653) \*Redaktion:ebendort \*Hersteller: HTU,  
1040 Wien, Argentinierstr. 8 \* Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Günther Ogris, Günter  
Wittek, Andreas Mader \* Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chorherr, Wolfgang Koch, S. Münster, Peter  
Viktor Riemer \* Graphik-Mittelblatt: Domenik Gröbner \* Lay out: Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader

# Drei-Phasen-Modell

Grundsätzlich lassen sich drei Phasen der Sozialen Verteidigung unterscheiden. Die Phase des Protestes, der Nichtzusammenarbeit und der öffentlichen Konfrontation. Diese Entwicklungsstufen der nationalen oder regionalen Verteidigung zeigen sich auch in der Mikrostruktur des einfachen Bürgerprotests. Es werde versuchen, das zu zeigen.

## Erste Phase - Protest

Alle Unzufriedenen erheben sich und verschmelzen zu einer Bewegung. Die Mittel sind traditioneller politischer Art: Demonstrationen, Kundgebungen, (befristeter) Streik, Umzüge, Sitzprotest an symbolischen Orten, Wandzeitungen, Flugblätter, Plakate, Graffities, Unterschriftenlisten, Deklarationen.

Drei Ziele hat der Protest: den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken und kollaborationswillige Personen sozial isolieren. Die Bevölkerung wird sich besonders in Lässigveranstaltungen solidarisieren.

dem Gegner deutlich vor Augen führen, daß er unerwünscht ist, und in der Okkupation nicht zustimmt, die Besetzung auf einem Bruch internationalen Rechts basiert und er mit Widerstand zu rechnen - hier kommt die Unterscheidung Kalle/Person zur Anwendung, um den Widerstand in die Reihen des Gegners zu tragen.

der internationalen Öffentlichkeit deutlich machen, daß die Zielpopulation gewillt ist, gegen Unrecht gewaltarmen Widerstand zu leisten, also Sympathien im Ausland suchen, das den Gegner durch Sanktionsmaßnahmen zu bedrängen sucht und dem Widerstand moralische und finanzielle Unterstützung zufließen.

Protestphasen werden von verdeckter Dauer sein. Im Falle einer Okkupation durch eine fremde Macht, können sie über Wochen andauern. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die Regeln des gewaltarmen Widerstandes breit diskutiert. Ein Organisationsnetz, zu dem im Untergrund, wird - sofern

es nicht schon vorhanden ist - aufgebaut. Demokratische Entscheidungsfindung ist das Prinzip.

Volksvertreter werden im Untergrund verborgen oder im neutralen Ausland in Sicherheit gebracht. Eine Fluchtorganisation sorgt sich um verfolgte und bedrohte Personen.

Der Gegner wird im klassischen Fall einer Okkupation versuchen, Nutzen aus der Wirtschaft des attackierten Landes zu ziehen. Dieser Nutzen wird ihm konsequent verwehrt, indem man an den alten legitimen Arbeitsweisen festhält.

Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit hat das Ziel, die Kosten des Gegners höher zu schrauben, als der Nutzen ist, den er aus der Besetzung hat. Die Methode ist einfach: Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern verbleiben auf ihren Arbeitsplätzen und handeln wie bisher, d.h. so wie es die gültige Verfassung und wie es die eigenen Produktionspläne vorsehen.

Aus diesem Grund haben Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Betriebe eine bedeutende Funktion. Ohne sie ist die Identifikation mit der Arbeit kaum gegeben.

Die Rechnung der Verteidiger ist einfach: die Gehorsamsverweigerung zwingt den Besatzer zum Großeinsatz eigenen Personals. Will er seine Produktionsziele durchsetzen, muß er seine Truppen dezentralisieren. Der Gegner schickt seine Soldaten ins Niemandsland des gewaltarmen Widerstands. Der subversive Dialog findet unzählige neue Angriffspunkte. Der Gegner gefährdet die Gehorsamstreue seiner Gefolgschaft.



Der Protest selbst kann noch keinesfalls zum Abzug der fremden Truppen führen, erzeugt er doch nur jenen Druck auf den Gegner, den er bereits miteinkalkuliert hat. Er verspricht sich den Verlust internationaler Reputation durch längerfristigen Nutzen wettzumachen.

Die sozialen Verteidiger beziehen in den ersten Wochen Position, isolieren Kollaborateure und bewaffnete Widerständler und bauen eine Kommunikationsstruktur auf. Der geduldige Kampf der Nichtzusammenarbeit steht bevor.

Im sozialen Angriff entspricht die Protestphase jenem ersten Schritt, mit dem eine Initiative von Bürgern z.B. beginnt, Leserbriefe zu schreiben und Unterschriften zu sammeln.

## Zweite Phase - Nichtzusammenarbeit

Die Nichtzusammenarbeit hat zwei Gesichter: das wirtschaftliche und das des zivilen Alltagslebens.

Hält der Gegner an seinen Ausbeutungszielen fest, bringt ihn exemplarischer Terror dem Ziel nicht näher. Schon rein numerisch ist es kaum möglich, hinter jeden Werktäglichen einen Wachposten zu stellen. Der Angreifer wird gezwungen, das Fachpersonal auszutauschen. Zu diesem Zweck muß er praktisch für jeden Facharbeiter einen entsprechend geschulten Ersatzmann bereitstellen. Die Zahl der Kollaborateure wird dazu keineswegs ausreichen. Der Gegner muß also zusätzlich zum militärischen Potential eine große Anzahl von zivilen Fachkräften aus dem Ursprungsland einführen. Das erhöht seine Kosten ganz immens!

Halten die Verteidiger die Nichtzusammenarbeit konsequent durch, übersteigen die Kosten für Dezentralisierung und Ersatzfachkräfte sehr wahrscheinlich den Nutzen, den der Gegner sich aus der Besatzung erwartet hat. Das Ziel der Okkupation würde verfehlt, die Heimkehr rückt in den Bereich des Möglichen.

Dort aber, wo es dem Gegner punktuell gelingt, die Produktion in seine Hände zu bekommen, wird der Widerstand zu subversiven Methoden übergehen: Sabotage, Verzögerung, Materialverschleiß, Blaupausen, Krankfeiern - alle jene Methoden, die die Arbeiterbewegung seit jeher gegen den mörderischen Takt der Maschine erfolgreich zur Anwendung bringt. Es sind Methoden, die unter der Oberfläche der politischen Diskussionen wirksamere Kreise zogen, als diese je vermochten.

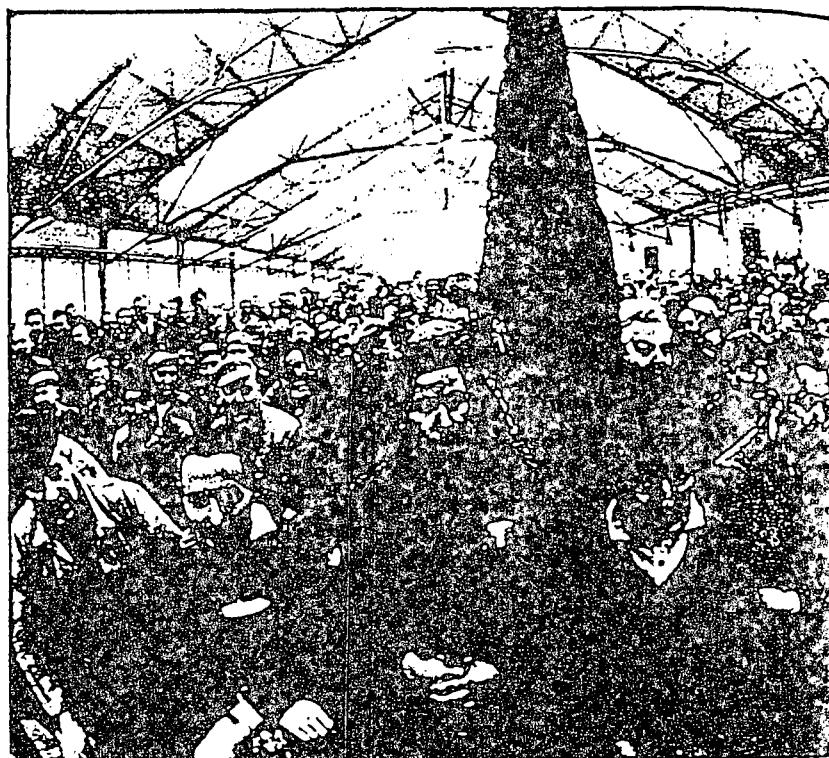
Die Methode der wirtschaftlichen Nichtzusammenarbeit ist genaugenommen das Gegenteil von Streik, welcher in der ersten Phase noch eine gewisse solidarisierende Funktion hatte.

Das zweite Gesicht der Nichtzusammenarbeit: der Zivile Ungehorsam. In der Freizeit, im öffentlichen Verkehr, im Privatleben werden die vom Gegner verhängten Ausnahmestände massenweise ignoriert. Man hält sich an die bestehenden Gesetze und verteidigt ihre Gültigkeit. Das bedeutet Rückzug aus kollaborierenden Institutionen, Nichtteilnahme an bestimmten sozialen und sportlichen Ereignissen, wirtschaftlichen Boykott durch Käuferstreik, Händlerboykott, Steuerverweigerung, Verweigerung von Gehorsam gegenüber bestimmten Behörden, usw.

Verhängt der Gegner z.B. ein Ausgehverbot oder eine nächtliche

Ausgangssperre, so werden die sozialen Verteidiger - falls Aussicht auf breite Gefolgschaft besteht - diese Verbote ignorieren. Ziviler Ungehorsam ist die bewußte Übertretung ungerechter Gesetze - eine der

test durch die Aktionen kleiner schlossener Gruppen abgelöst. Sie sind in einer Widerstandssturz netzartig miteinander verbunden und koordinieren ihre Handlungen.



ältesten und erprobtesten Formen gewaltarmen Widerstands.

Ob für Ungehorsam vorgesehene Strafen demonstrativ angenommen werden, um den Ernst der eigenen Haltung noch zu unterstreichen, oder ob man sich der Bestrafung entzieht, das hängt von der Analyse der Situation ab. Für beide Reaktionen kennt die Geschichte der Gewaltarmut Beispiele. Die Entscheidung liegt bei jeder einzelnen, sich zur Aktion bekennenden Gruppe.

Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit zielt auf die Kosten-Nutzen-Rechnung des Gegners ab. Sie hat praktischen und politischen Wert.

Der Zivile Ungehorsam führt die Aufgaben des Protestes fort, indem er Öffentlichkeit schafft und auf die Unrechtssituationen hinweist. Er begleitet die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit im Alltag und wird darum vorwiegend von Gruppen der Bevölkerung getragen, deren Widerstand auch über Monate der Existenz des Landes keinen Schaden zufügt: das sind die Sektoren des Sports, der Schule und Universität und der Kirche. Sie führen den Protest in neuer Qualität fort. Neue Qualität meint, daß der Massenprotest

Nichtzusammenarbeit heute Beispiel:

Bekanntlich versucht der österreichische Staat seine Wehrdienstverweigerer für den Einsatz außerordentlichen Zivildienstes Sachen Zivilschutz und Hilfsdienst zu schulen. Die Friedensbewegung und die Selbstorganisation Wehrdienstverweigerer protestieren gegen diese Einbindung in die militärisch dominante Umfassendesverteidigung. Aus der Phase Protestes ist der Widerstand schwenken in die Phase der Nichtzusammenarbeit getreten. Die pazifischen Organisationen verweisen eine Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium im sogenannten Lehrgang und versuchen Gestaltungen anzubieten.

Dritte Phase - Öffentliche Konfrontation

Während sich in der ersten Phase der Widerstand konsolidiert, in der zweiten seine taktischen Entfaltungen, um dem Gegner Kriegsziele zu verweigern, in der dritten Phase der Widerstand zur Gegenoffensive über.

nun wartet man nicht mehr die Maßnahmen des Gegners ab, sondern beginnt die Konfrontation durch gezielte, offensive, direkte Aktionen.

Schon die Nichtzusammenarbeit kann nur beginnen, weil ihr breiter Protest vorausging. Die öffentliche Konfrontation ist nur sinnvoll, wenn die Nichtzusammenarbeit Erfolg war und sich die Verteilung ihrer sozialen Methoden ändert. Die Geschlossenheit des Lagers muß der des Gegners folgen sein.

Scheitert die Nichtzusammenarbeit, kehrt der Widerstand zum allgemeinen Protest zurück; scheitert die Gegenoffensive, kehrt die Zusammenarbeit wieder.

Was versteht man unter öffentlicher Konfrontation? Auf der Ebene gewaltarmer Aktion (einer Bürgerinitiative) ist das leicht zu antworten: eine Gruppe verschafft sich unter Einsatz ihrer Körpermittel einer wohlvorbereiteten Aktion Öffentlichkeit, die sie sonst nicht bekommt. Sie versucht den Gegner durch Mittel, welche seine Person nicht verletzen oder gefährden, unter massiven Druck zu setzen.

Die öffentliche Konfrontation ist die dritte Etappe der Sozialen Verteidigung sieht ähnliches vor:

- Ziviler Ungehorsam wird nun von höheren Schichten getragen
- symbolisch bedeutsame Orte wie öffentliche Plätze, Verwaltungsgebäude, Verkehrswege usw. werden blockiert oder besetzt
- wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit erweitert sich um die Methode umgekehrten Streiks, d.h. verdeckte Arbeiten werden durchgeführt
- der subversive Dialog wird intensiviert
- der Generalstreik als Höhepunkt der Gegenoffensive; seine Anwendung soll sorgfältig erwogen sein, da er Verteidiger auch schädigen kann.

Parallel zu diesen Kampfmitteln steht die Leitung des Widerstands im Gegner offiziell Verhandlungen, deren erste Bedingung der Rückzug aus dem besetzten Land ist. Weitere Forderungen: Wiedergutmachung, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Abschluß internationaler Verträge.

Die dritte Phase der Verteidigung ist ein gewaltarmer Aufstand, dem der Verteidiger deutlich

seine moralische und methodische Überlegenheit und seine Durchhaltekraft zeigt. Die Verteidigung strebt in den Rückzugsverhandlungen keine Demütigung des Gegners an. Er soll sein Gesicht wahren können. Man will ja einen Sieg erringen, an dem der Gegner teilhat, einen Sieg, der mit Freund und Feind ein Ende macht.

Die Gegenoffensive setzt nicht nur eine gewisse Stärke der Verteidigung voraus, sondern auch funktionierende Kommunikationsstrukturen und eine Volksvertretung im Untergrund.

Zur öffentlichen Konfrontation gehört, daß einzelne Einrichtungen, die am Beginn der Verteidigung in den Untergrund ausweichen mußten, wieder und demonstrativ öffentlich gemacht werden, gewiß nicht alle. Immer noch kann die Soziale Verteidigung scheitern. In dem Fall würde Nichtzusammenarbeit und Untergrundtätigkeit wiederkehren.

Entscheidungsstrukturen (Volksversammlung des Widerstandes) und Teile des Nachrichtenwesens wird man versuchen, wieder öffentlich zu machen. Ähnlich dem umgekehrten Streik stellt das eine Erweiterung der Nichtzusammenarbeit dar. Es demonstriert die herübergeretteten Freiheiten und normalisiert zu-



gleich den Alltag. Das ist von Bedeutung, weil man sich den Rückzug eines militärischen Gegners keinesfalls so vorstellen sollte wie manche Revolutionäre die Revolution: als Tag X, von dem ab alles anders ist.

Für die beiden ersten Etappen liefert die Geschichte genügend Beispiele, die trotz ihres spontanen, nichtvorbereiteten Charakters erfolgreich waren. Der utopische Kern des Modells liegt in der Gegenoffensive. Einige Anhaltspunkte gibt der Ruhrkampf 1923.

Wie alle theoretischen Überlegungen geht auch dieses Modell vom

Idealfall aus. Das ist sein Mangel.

Warum diese Ideen keine detaillierten, wissenschaftlichen Ausformulierungen enthalten, hat nichts mit dem Glauben an ihre Praktizierbarkeit zu tun. Der tiefere Grund ist vielmehr, das die Kriegsszenarios der Sozialen Verteidigung einer demokratischen Willensbildung im praktischen Widerstand unterworfen sein müssen. Pläne am grünen Tisch kann man weitgehend den Militärs überlassen.

Zum anderen verlangt Gewaltarmut Strukturen, die heute nicht gegeben sind. Man denke nur an die angeschnittene Frage der betrieblichen Selbstbestimmung, die heute von einem gewerkschaftlichen Wasserkopf in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Im Grunde geht es nicht einmal um das Wissen über diese Begriffe Protest, Nichtzusammenarbeit, öffentliche Konfrontation. Eine Soziale Verteidigung ist denkbar und wahrscheinlich, ohne daß Verteidigungspolitische Massenideologien Verbreitung finden. Ja, die Verteidigung einer Region mit gewaltarmen Mitteln ist wohl möglich, ohne daß der Begriff der Sozialen Verteidigung dort fällt. Ruhrkampf und Widerstand in der CSSR 1968 liegen unter der Bezeichnung "Passive Resistenz".

Dieses Modell ergibt sich aus Schlußfolgerungen aus den historischen Erfahrungen und der unterschiedlichen Wirkungsweise gewaltarmer Methoden. Über 120 Aktionsformen hat Gene Sharp aufgelistet. Jede Unrechtsituation kann mit wirksamen oder unwirksamen, mit richtigen oder falschen Mitteln beantwortet werden. Gewaltarmut benötigt strategisches Denken. Das Drei-Phasen-Modell erlaubt eine grobe Zuordnung. Die historischen Konfliktfälle haben auch Fehler vor Augen geführt, die es in Zukunft zu vermeiden gilt.

Letztendlich empfiehlt der gesunde Menschenverstand die Unterscheidungen. Überall, wo basisdemokratische Initiativen gegen ihr punktuelles Problem vorgehen, werden sie ihre Schritte ausweiten und die Aktivisten zugleich politische Lernschritte vollziehen, die diesem Modell folgen: Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche Konfrontation. Das Zwingende der gewaltarmen Kampfmittel ist ihre Verankerung im demokratischen Bewußtsein. Diese Werkzeuge sind das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Wolfgang Koch

# BEZUGSGRUPPEN

Wolfgang Koch, der Autor der Broschüre "Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption" hat sich mit einigen Spezialproblemen der Sozialen Verteidigung beschäftigt. Das Thema Bezugsgruppe ist der sechste Teil einer achtteiligen Serie.

Die Idee, zur Durchführung gewaltfreier Aktionen kleine Gruppen zu bilden, ist von besonderer Bedeutung, weil sie nicht auf einem Schreibtisch entworfen wurde, sondern direkt aus der Praxis stammt. Während man sich in Bürgerinitiativen zusammenschließt, um zu protestieren, tut man es in Bezugsgruppen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In der Anti-AKW-Bewegung in den USA ist das Modell der Bezugsgruppen inzwischen soweit entwickelt, daß kaum noch eine Aktion, vor allem, wenn es sich um eine direkte gewaltfreie Aktion mit zivilem Ungehorsam handelt, ohne die Anwendung dieses Modells durchgeführt wird.

Neben dem Besuch eines Vorbereitungstrainings ist der Zusammenschluß der Teilnehmer zu Bezugsgruppen das zweite wichtige Kriterium für die Teilnahme an einer gewaltfreien Aktion. Einzelnen soll bei einer vorbereiteten Aktion niemand mittun können.

• Eine Bezugsgruppe ist eine Gruppe von Leuten, die sich kennen, die sich u.a. gemeinsam auf Konfliktsituationen vorbereitet haben, sich gegenseitig ermutigen können, während der gesamten Aktion zusammenbleiben und sich selbständig verhalten. Diese Gruppe organisiert ihre Versorgung (Proviant, Unterkunft, Sanität) selbst.

Durch die Bezugsgruppenfindung, also das gegenseitige Kennenlernen und das Schaffen eines Vertrauensklimas, soll es möglich werden, die Anonymität vieler Besprechungen aufzuheben und sich in Angstsituationen gegenseitig zu unterstützen. Jeder soll aus der Nähe ihm bekannter Menschen Kraft schöpfen können. Dazu gehört es, Erwartungen und Gefühle darzustellen, genauso wie über das Aktionsvorhaben inhaltlich geredet werden muß.

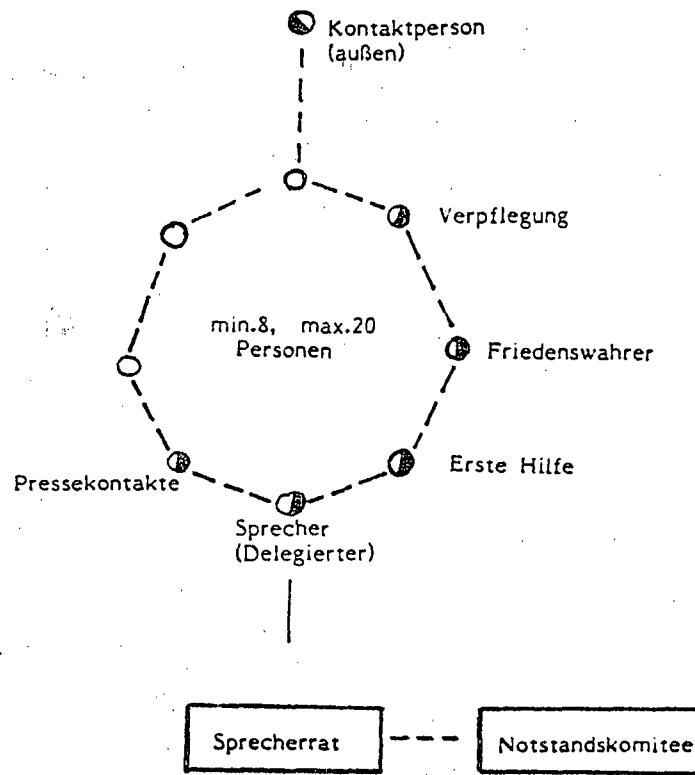
## Struktur und Funktion der Bezugsgruppe

Jede Bezugsgruppe umfaßt mindestens acht, höchstens aber zwanzig Personen. Jede Gruppe versorgt sich für die Dauer ihrer Tätigkeit selbst mit Verpflegung. In der Regel wird sie, einschließlich den Wasservorräten, als Gemeinschaftsverpflegung organisiert.

Eine Person, die das Vertrauen der ganzen Gruppe hat, wird zum Sprecher der Gruppe gemacht und im Fall größerer Aktionen in den Sprecherrat gesandt. Eine weitere Person nimmt nicht direkt an der Auseinandersetzung teil, sondern hält die Kontakte zwischen Aktionsgruppe und "Außenwelt" aufrecht. Aufgaben der Kontaktperson sind etwa: Nahrungsmittelversorgung, Kontakte zu Angehörigen halten, Autos abstellen, Kontakt zum Rechtsanwalt herstellen, Geld sammeln.

## Konsensverfahren

Während der Aktion ist die Bezugsgruppe ein Instrument zur Absicherung der Teilnehmer. Allgemein ist sie die unterste Ebene der basisdemokratischen Entscheidungsfindung. D.h. die Bezugsgruppe ist mehr als nur eine ent-bürokrati-



Sechs Personen sind der Gruppe gegenüber für spezielle Aufgaben verantwortlich. Eine Person für die Verpflegung, eine für Erste Hilfe, eine Person für Pressekontakte und eine als Friedenswahrer. Der Friedenswahrer ist ein Ordner nach innen und außen zugleich: falls Provokateure auftauchen, soll er eingreifen; falls es bei langandauernden Streßsituationen innerhalb der Gruppe zu Auseinandersetzungen kommt, soll er sie schlichten.

sierte Vereinsform, sie ist die soziale Zelle jeder Bewegung.

Die Entscheidungsfindung verläuft nach dem Konsensverfahren. Es werden nicht Mehrheiten gesucht, die sich in einer Abstimmung durchsetzen, sondern Lösungen, die für alle tragbar sind. Das Ziel ist die Einheit, nicht aber die Einstimmigkeit.

Im Verlauf der Diskussionen er-

klärt sich jeder mit einer bestimmten Vorgangsweise einverstanden, falls ihr/ihm das möglich ist, ohne das Gefühl zu haben, übergangen worden zu sein. Mehrere Varianten müssen gesucht werden, und doch wird die tragbare Lösung nicht immer die optimale Lösung für jede/n sein.

Der Konsens kann von einzelnen blockiert werden, was einem Veto gleichkommt. Blockieren soll man nur, wenn starke moralische Gründe vorliegen. Eine andere Möglichkeit ist es, zu sagen, man werde sich lediglich nicht beteiligen, die Gruppe aber auch nicht hindern oder ihr ein schlechtes Gewissen machen.

Die zwei Grundlagen des Konsens-  
Ferfahrens sind:

1. Die gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme auf Gefühle, Bedürfnisse und Ängste der anderen. Es genügt nicht nur eine Übereinstimmung von politischen und weltanschaulichen Fragen, denn in der Situation gemeinsamer Belastung und Gefahr ist es sehr wichtig, daß man einander soweit vertrauen kann, daß man die gegenseitigen Grenzen, Schwächen und Stärken kennt.

\* Die (basisdemokratische) Vorstellung, daß es wichtig ist, daß tatsächlich alle Gruppenmitglieder mitarbeiten und mitentscheiden. Man muß darüber reden dürfen, daß man Angst hat; auch über die Angst, von alten, erfahrenen Hasen belächelt zu werden. Auch wenn sich Ängste als politische Argumentation verkleiden, muß man sie erst einmal verlassen und erkennen, damit sie benötigt gemacht werden. Bezugsguppen sind nicht dazu da, politisches Fraktionieren zu entlarven und zu verbieten. Hinter den unterschiedlichen Argumentationen stehen tatsächlich oft subjektive Verarbeitungen. Offen über Angst statt über Politik zu reden, ist immer erst das Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses, das Ergebnis vertrauensvoller Gruppenarbeit.

Da niemand ausgegliedert wird, weil jeder für die getroffene Entscheidung mitverantwortlich ist, muß die Entscheidung jeder bewußt getroffen haben. Wird kein Konsens gefunden, muß nach einem anderen Lösungsvorschlag gesucht werden. Dieses Verfahren führt oft zu langen Diskussionen.

Zumindest im Aktionsverlauf sind der Diskussion zeitliche Schranken gesetzt. Darum ist es nicht unklug, das Treffen von raschen Entscheidungen vorher zu üben, das Ziel der

Übungen ist es, wenigstens die denkbaren Lösungen für die verschiedenen Situationen auszusprechen. Grundsatzfragen können während einer gewaltfreien Aktion nicht mehr erörtert werden.

#### Fünf Arbeitsschritte

1. Aktionsziel: Zur Verantwortung der Organisatoren gehört es, klar, unmißverständlich und öffentlich bekanntzugeben, was genau das Ziel der Aktion ist, mit welchen Mitteln welche Wirkung verfolgt wird und welchen Erfolg man sich verspricht.

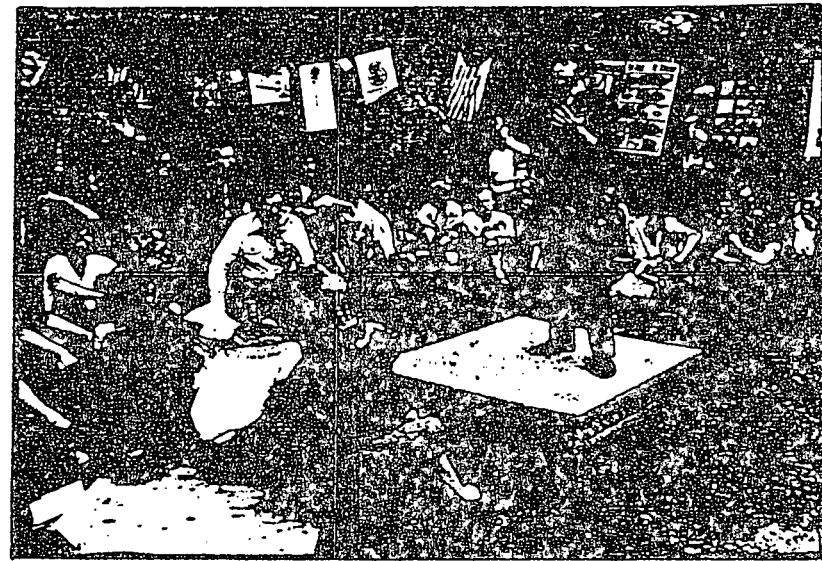
2. Teilnahmebedingungen: Festgelegt wird, wo und wann sich Teilnehmer anzumelden haben und ob, wo und wann an einem Vorbereitungstraining teilgenommen werden muß. Bei der Anmeldung werden Name, Adresse sowie Telefonnummern von Verwandten notiert. Festgelegt werden weiters allgemeine Verhaltensregeln, z.B.: keine Hunde oder andere Tiere mitbringen; kein Alkohol und keine Drogen; keine Beschädigung von Eigentum; kein Versuch, Polizeisperren zu durchbrechen; zusammenbleiben nach Einbruch der Dunkelheit; hinsetzen bei Konfrontation.

keiten müssen erarbeitet werden, auch in Rollenspielen. Zu diesen Vorbereitungen gehören weiters die Bereitstellung von Ordnern in ausreichender Zahl, falls sie als nötig erachtet werden, die Einweihung der Behörden, die auch nur eine sachliche Anmeldung sein kann, und die Vorsorge dafür, daß alle Teilnehmer über die möglichen gesundheitlichen und strafrechtlichen Folgen informiert sind. Ist die Entscheidungsfindung geübt und sind die Entscheidungsträger für Notsituationen bestimmt, dürfen diese davon ausgehen, daß alle Mitglieder und Teilnehmer ihre Aufforderungen als verbindlich betrachten werden.

4. Durchführung der Aktion: Nach den in den drei ersten Schritten festgelegten Regeln.

5. Auswertung: In einer Nachbesprechung werden die Erfahrungen ausgetauscht und die Wirkung auf die gesteckten Ziele hin überprüft. Die Behandlung eventuell aus der Aktion entstandener Probleme - etwa strafrechtliche Verfolgungen - muß gemeinsam geregelt werden.

#### Sprecherrat



tation. Alle Teilnehmer müssen den Teilnahmebedingungen zustimmen.

3. Verlaufsplanung: Die Planung des Aktionsverlaufs erfolgt durch alle Teilnehmer gemeinsam. Dazu gehört es, festzulegen, unter welchen Bedingungen die Aktion eventuell abgebrochen wird und auf welche Weise das alle sicher erfahren. Verschiedene Konfrontationsmöglich-

Das wichtigste Arbeitsfeld gewaltfreier Gruppen ist zunächst einmal die Tätigkeit im Bereich Ökologie und Frieden an ihrem Wohnort. Als in Bezugsguppen organisierte Kleingruppen können sie sich zeitweilig zu gemeinsamen größeren Aktionen zusammenschließen. Oder umgekehrt: Im Rahmen größerer Veranstaltungen schließen sich Teilnehmer zu Bezugsguppen zusammen.

In beiden Fällen müssen die Bezugsgruppen zu einer Koordination finden - dazu dient der Sprecherrat.

Die Sprecher der Bezugsgruppen bringen die Ergebnisse der Diskussion in den Sprecherrat ein. Hier kann ein Sprecher nicht nach eigenem Gutdünken agieren, sondern ist an das Votum der Gruppe gebunden. Die Sprecherfunktion kann auch prinzipiell rotieren.

Alle anstehenden Probleme werden zuerst in den Bezugsgruppen diskutiert. Lösungsvorschläge werden dann in den Sprecherrat getragen, gesammelt und beraten. Die Aufgabe des Sprecherrats ist es nicht, die offenen Probleme zu bewerten, sondern nur, nach einer gemeinsamen Entscheidung zu suchen. Ergibt sich Jeine, werden die Ideen neuerlich in den Bezugsgruppen diskutiert. Die Sprecher müssen hierbei oft viele Male hin- und herpendeln. Im Wechselspiel zwischen Bezugsgruppen und Sprecherrat soll eine für alle tragfähige Entscheidung gefunden werden.

#### Erfahrungen mit dem Modell

Entwickelt und angewendet wurde das Bezugsgruppenmodell bei großen Aktionsveranstaltungen, die viel Vorbereitung erforderten: bei der Besetzung der Atomkraftwerksanlagen in Seabrook (USA), den Blockaden in Brokdorf und Ramstein 1981, der Besetzung des Bohrlochgeländes 110 in Gorleben 1979/80 und den internationalen Märschen für Entmilitarisierung in Europa.

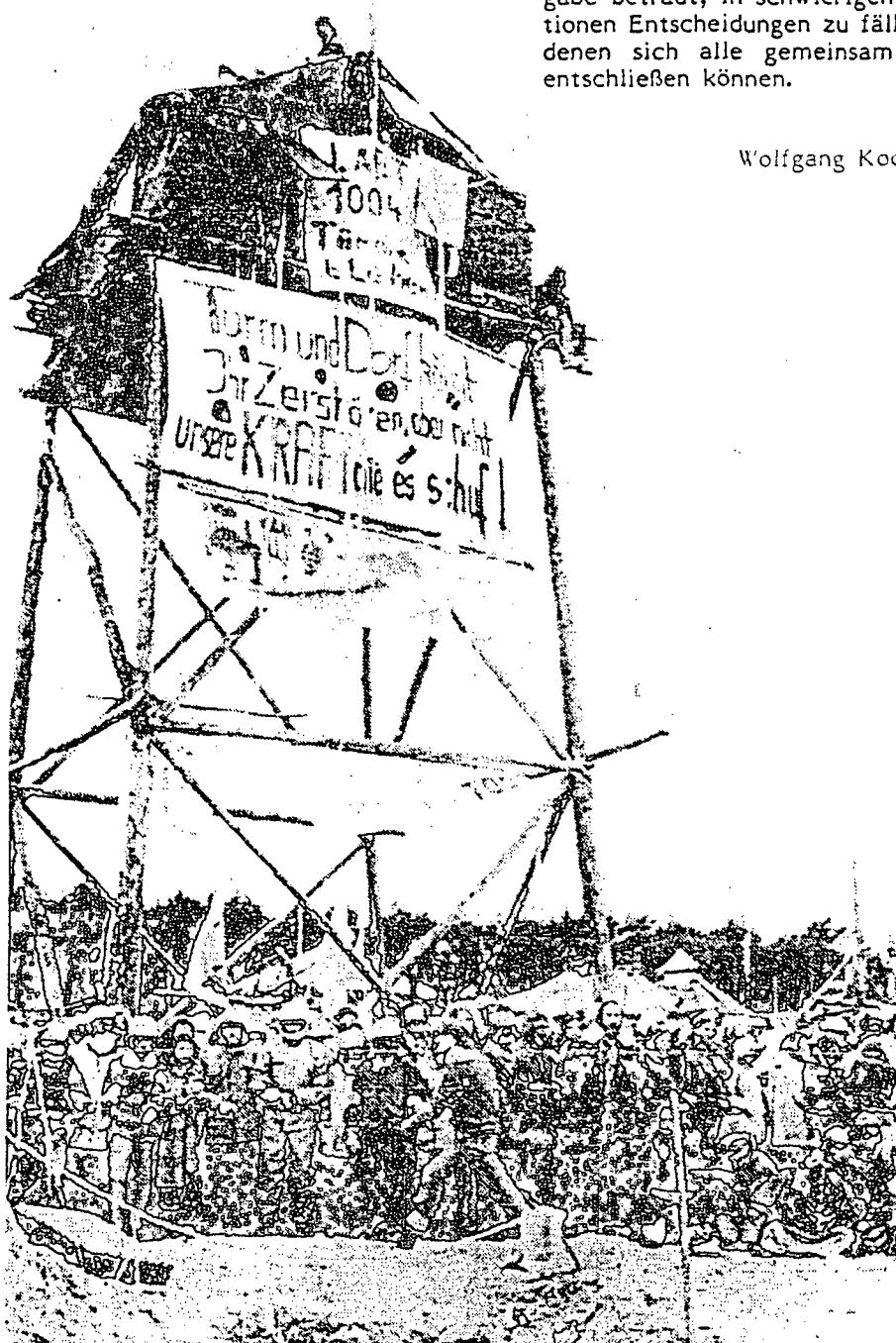
Am 6. Internationalen Marsch (August 1981 in Holland) wurden im Laufe der ersten drei Tage über 70 Bezugsgruppen gebildet. Teilweise kannten sich die Teilnehmer bereits aus ihrem Heimatland, teilweise fanden sie sich erst zusammen. Während die Bezugsgruppen in einem Zeltlager eine ganze Palette von Aktionen vorbereiteten - Straßentheater, Menschenteppiche, Mahnwachen, Fastenaktionen, Besetzungen von Botschaften - schleppete sich die Diskussion im Sprecherrat derart mühsam dahin, daß man bald über die "Bla-Bla-Gruppe" zu lächeln begann. Der Sprecherrat war zu groß; schwer wurde eine gemeinsame "Konferenzsprache" und ein Übersetzungsmodus gefunden. Die Bezugsgruppen reagierten, indem sie erst die fertigen Aktionspläne dem Sprecherrat vorlegten. Der wiederum konnte jede Aktion nur separat unterstützen, also nur ideell.

Das Modell der Entscheidungsfindung wurde durch diese und ähnliche Erfahrungen zwar nicht widerlegt, zumindest aber für große Aktionen mit internationaler Beteiligung ein wenig relativiert. Klar wurde auch, daß wir nicht einfach gemeinsam einanderarbeiten können, ohne zu bedenken, wie sehr wir im Normalleben auf genau gegenteiliges, nicht-solidarisches Verhalten trainiert worden sind: auf Konkurrenzverhalten und Durchsetzungswillen.

Große Sprecherräte sind nicht in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen. Aber gerade bei Platzbesetzungen, Demonstrationen an Bauzäunen, Kasernen oder Manövergeländen treten schnell hintereinander viele unterschiedliche Konflikte auf, die mit dem Sprecherrat allein nicht zu lösen sind.

Um diesen Mangel zu beheben, kann aus dem Sprecherrat ein Komitee von Entscheidungsträgern gewählt werden: 3 Personen - das Notstandskomitee. (Ein Beispiel ist die "Megaphongruppe", die 1981 am Bauplatz in Brokdorf gewählt wurde). Wichtig ist, daß diese 3 Leute das Vertrauen der Teilnehmer genießen, denn sie sind mit der Aufgabe betraut, in schwierigen Situationen Entscheidungen zu fällen, zu denen sich alle gemeinsam nicht entschließen können.

Wolfgang Koch



# 4.-11. NOVEMBER

## TERMINE

### VOLKSBEGEHREN

### GEGEN

### ABFANGJÄGER



Eintragungswoche für das Volksbegehr  
gegen Abfangjäger 4. - 11. November 1985

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen  
in Wien 10. Sept., 18 Uhr, Rotstilzchen  
(Margaretenstr.99)

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen  
in Linz 11. Sept., 19.30 Uhr, Betriebsseminar Kapuzinerstr.49

Fest gegen Abfangjäger  
4. Sept., 14 Uhr, Denzelpark, 1060  
Lien, Linke Wienzeile 24 (Kabarett,  
Musik, Essen, Trinken, Spiele)

Anti-Abfangjäger - Treffen der Be-  
zirksgruppe Wien 16./17. 14. Sept.,  
14 bis 18 Uhr, JZ Ottakring,  
Ottakringerstr.200

Gewaltfreier Widerstand gegen Abfang-  
jäger - Strategie Seminar 14./15.Sept.  
in Zeltweg (Auskun: IVB, Tel:485332)

Abfangjäger-Fest  
27. Sept., 19.30 Uhr, Betriebszentrum  
der VÖEST (Linz), Wahringerstr. 30

Schmetterlinge statt Abfangjäger  
1. Okt. 20 Uhr, im Audu Max der Alten  
Uni Wien (mit Schmetterlinge, Otto  
Tausig u.a.)

Wiener Treffen der Anti - Abfang-  
jäger - Aktivisten/innen  
5.Okt., 14 Uhr, in der KHG  
Ebendorferstr.8 1010 Wien

Friedensforum: Perspektiven "Was kommt  
nach dem Volksbegehr?"  
30.Oktober, 19.30, 1010 Wien, Schotteng.  
3a/1/4/59

Südafrika-Demonstration 18. Sept., 17 Uhr vom Rathausplatz,  
Schlußkungebung am Ballhausplatz

Solidaritätsfest: "Chile kämpft - Nicaragua lebt"  
20. Sept., 20 Uhr, Posthof Linz mit der chilenischen Gruppe  
Likon Antai)

Zeitungsseminar des Gewaltfreien Widerstandes  
5.-6. Oktober, Ort wird Interessenten bekanntgegeben (Nähe  
Wien) Anmeldung bis spätestens 20. September an Redaktion

Seminar - Mädchen in der Jugendarbeit 5.-6. Oktober  
Anmeldung: Jugendtreff Gaswerk, c/o Elisabeth Lücke-  
Lindenthal, Pradlerplatz 6b, 6020 Innsbruck, Tel.: (05222)  
42 1 66 Anmeldeschluß 13. Sept. 1985

Großdemonstration gegen die WAA in München  
12. Okt., Kundgebungen in den österr. Bundeshauptstädten  
Information: Konrad-Lorenz-Volksbegehr, Tel.:43 59 38

30 Jahre Bundesheer - Paraden in allen Bundesländern  
26. Okt., vor eurer Haustür - Gegenaktionen ?

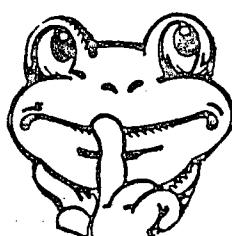
Großaktion der Friedensbewegung 27. Okt. 1985, Wiener  
Stadthalle (Kulturprogramm und Fackelzug zu einem  
Regierungsgebäude)

Friedensforum: "Soziale Verteidigung"  
20.Nov., 19.30, 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

"les strategies civiles de defense/civilian defence  
strategies" 27. - 29. Nov. 1985, Straßburg Internationale  
Konferenz (Sprachen: engl.,franz.), Veranstalter: Institut  
de Recherche sur la Resolution non-violente des Conflits;  
I.R.N.C. 126 Bd H. Sellier - 92150 Suresnes - France

Netzwerk-Treffen "Soziale Verteidigung"  
29.-30.Nov., Anmeldung und Information: Thomas Honsig 4150  
Rohrbach, Tel. 07289-6183

Forumtheater der Gruppe Wieg!  
21./23./29. November - "Übergriffe"  
22./28./30. November - "Fein sein - beinander bleiben!"  
Ort: JZ Zeltgasse, 1080 Wien, Zeltgasse 7



#### IMPRESSION

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit;  
1010 Wien Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel:0222/63 80 653) \* Redaktion: ebendort \* Hersteller: HTU, 1040 Wien,  
Argentinierstr. 8 \* Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader, Günther Ogris, Vera  
Ribarich, Günter Wittek \* Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chocherr, Heinz Hattinger, Wolfgang Koch, Markus  
Lehner, Christian Mokicki, Peter Steyrer \* Graphik: Herbert Keinzath \* Lay out: Peter Kolba, Andreas Mader

## EDITORIAL

Im vorigen Herbst begannen wir im GW am Beispiel Wackersdorf die Gewaltfrage zu diskutieren. Mit den Ereignissen des 26. Feber rund um den Opernball hat dieses Thema auch in Österreich Aktualität bekommen.

Wir versuchten, das Geschehen ausführlich aufzuarbeiten, und darüber hinaus auch zur Entwicklung von "Vorwärtsstrategien" anzuregen, die weg von blutigen Schlachten, hin zu erfolgreichen und gewaltfreien Widerstandsformen führen sollen. Dazu stellen wir einen Bericht eines "Sägefisches" über das Fällen von Strommasten zur Diskussion.

Zur grundlegenden Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei planen wir einen eigenen GW-Schwerpunkt für die übernächste Nummer. Dazu wird es in der Antimilitaristischen Gruppe Wien auch eine eigene Arbeitsgruppe geben. Ein Vorbesprechungstreffen findet am 5. Feber um 14.00 Uhr in der Schottengasse 3a/1/59 statt. Welche/wer mitmachen will, ist dazu herzlichst eingeladen.

Für den nächsten GW bereiten wir einen Schwerpunkt "Ökologie und Militarismus" vor. Der Redaktionsschluß dieser Nummer ist am 27. April.

Wir möchten euch auch wieder um Reaktionen bitten. Beteiligt euch doch am GW und schreibt Artikel oder Leserbriefe. Oder kommt zur offenen Nachbesprechung dieser Nummer, die am 9. April im Rahmen des Rätlinnenrates der Antimilitaristischen Gruppe Wien stattfinden wird.

Zur Erinnerung: Das Abo kostet S 100.- (Ausland: S 120.-); der Mitgliedsbeitrag beträgt S 250.- (für Nichterwerbstätige S 200.-) und die Kontonummer ist:  
BAWAG 10010-670-573 (ARGE ZD).

Wir brauchen die Gelder ganz dringend, weil wir den GW sonst einfach nicht mehr finanzieren können. Zahlt daher bitte im Voraus ein. Falls ihr noch kein Abo oder keine Mitgliedschaft habt, überlegt es euch doch bitte einmal.

In diesem Sinne:  
Servus, pflart euch, bis zur nächsten Nummer.

# INHALT

<u>Gewissenstäter</u>	<u>Haft und Begnadigung für Tiroler Waffenverweigerer</u>	<u>3</u>
<u>Auf Dienst mit der Waffe folgt Strafe</u>	<u>Die Totalverweigerung des Grazers Peter Kranebitter</u>	<u>6</u>
<u>Im Namen der Republik</u>		<u>8</u>
<u>THEMA OPERNBALL:</u>		
<u>Grüne Terroristen</u>		<u>9</u>
<u>Das Chaos ist ...grün</u>		<u>12</u>
<u>Ob gewaltfrei oder militant</u>	<u>Interview mit Robert Jungk</u>	<u>14</u>
<u>Hauptsache: Widerstand</u>	<u>über den Ballkrawall</u>	
<u>Wenn der Strommast fällt</u>		<u>16</u>
<u>Kurzmeldungen</u>		<u>19</u>
<u>Luft zum Atmen</u>	<u>Rüstungskontrolle und Demokratisierung unter Gorbatschow</u>	<u>21</u>
<u>Bulgarien</u>		<u>22</u>
<u>AIDS - ein Thema</u>		<u>24</u>
<u>SPORT</u>		<u>25</u>
<u>Waffenproduktion m.b.H.</u>	<u>Die Gründung einer österreichischen Waffen-Holding steht bevor</u>	<u>26</u>
<u>Buch</u>		<u>29</u>
<u>Meinungen</u>		<u>30</u>
<u>Termine und Kontakte</u>		<u>31</u>

**Impressum:**

Herausgeberin und Verlegerin: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59; Telefon: (0222) 63 80 653 \* Redaktion ebendorf  
 Herstellerin: HTU-Druck; 1040 Wien, Argentinierstraße 8  
 Redaktion: Christian Flicker, Gerhard Kettler, Günter Wittek, Markus Kemmerling, Thomas Tobisch  
 Mitarbeiter/innen: Andreas Mader, Christian Mokricky, Christof Kurzmann, Ernst Chorherr, Gerda Ehs, Heinz Hattinger, Otmar Chorherr, Peter Kranebitter, Peter Steyrer, Tristan Sindelgruber  
 Fotos von: Österreichische Bundestheater, Michael Kothe, Robert Newald, Thomas Vanorek und einem anonymen Freund  
 Lay Out: Christian Mokricky, Gustav Staufer

## THEMA: OPERNBALL

# Das Chaos ist...grün

Auf welcher Seite sind nun die nicht identifizierbaren Provokateure und Gewalttäter zu finden? Meiner Meinung nach sicherlich nicht in den Reihen jener Demonstrant/inn/en, die es satt haben, diesen alljährlichen Ball des Kapitals, als "österreichisches Fest" zu akzeptieren. Menschen deren Ziel es ist, die Perversion unseres gesellschaftlichen Systems (und diese Perversion wird gerade durch diese Jahr für Jahr stattfindende Provokation klar erkennbar), aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen.

### Vermummung

Stellt die Vermummung tatsächlich ein Problem dar? Dieses Faktum wird nur durch offizielle Stellen und bürgerliche Medien zum Problem hochstilisiert, um Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen. In Wirklichkeit ist die Vermummung bloßer Schutz und Protest, gegen die allzeit präsente Stapo samt ihren Kamerateams. Wer jedoch wirklich nicht zu identifizieren ist, das sind jene Polizisten, die an besagtem Abend sich ihr eigenes Fest veranstalteten. Ohne in die Gefahr zu geraten, jemals zur Verantwortung gezogen zu werden, läßt sich der Frust über den abendlichen Einsatz leicht an den Demonstrant/inn/en abbauen. Eindeutig zu identifizieren sind jedoch die Einsatzleiter jener Prügelorgie; jene Abgeordnete der Grünen, die sich immer mehr dem derzeit herrschenden System anbiedern und die Demonstrant/inn/en diffamieren; aber auch jene Personen, die erst zur Demonstration geführt haben, jene Vertreter des Kapitals und Bürgertums die den Protest an ihrer menschenverachtenden Lebensweise einfach wegprügeln lassen.

Fielen die Reaktionen der offiziellen Stellen und der Massenmedien erwartungsgemäß aus, so enttäuschte mich die Haltung der Parteispitze der Grünen besonders. Während der Demo, bei der sie als Veranstalter

auftraten, forderten sie die Demonstrant/inn/en auf (trotz der Ankündigung der Polizei zu räumen), noch bis zum angemeldeten Ende zu bleiben. Gerade für jene Demonstrant/inn/en, die dieser Aufforderung Folge leisteten, gab es am nächsten Tag bei der Stellungnahme der grünen Repräsentationsfiguren eine kräftige Ohrfeige. Obwohl diese Ohrfeige nur rhetorischerfolgte, fühlte man erneut die Schläge des Vorabends. Zuerst die Köpfe hinhalten müssen und dann noch eine von denen drauf, für die man am Vorabend als Demomasse gut genug war. Es ist natürlich einfacher sich von ein paar Demonstrant/inn/en zu distanzieren, die nicht dem grünen Klischee entsprechen, als sich mit der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Denn wozu eine Auseinandersetzung, wenn man sich ohnehin mit diesem System einverstanden erklärt und selbst einen Platz am Futtertrog der Macht fordert.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die letzten roten Flecken vom grünen Lodenmantel rausgebürstet sind. Jene Flecken nämlich, die es wagen, an der Gewaltfreiheit und Volksverbundenheit der Exekutive zu zweifeln. Sollen sie (die Flecken nämlich) sich doch auf die andere Straßenseite begeben - grün und grün muß sich doch verstehen, und sich von jenen distanzieren, die zwar politisch aktiv und informiert sind, es aber nicht einsehen wollen, daß man aus politischer Aktivität auch materiellen Nutzen ziehen kann. Materiellen Nutzen, indem man/frau der Wählermasse etwas vorgaukelt und sich selbst den Arsch auf Parlamentssesseln wärmt.

### Rolle der Massenmedien.

Von den etablierten Massenmedien kann man sich solange keine zustimmende Reaktion erwarten, solange man die Interessen des Kapitals aufzeigt und in Frage stellt. Objektivität wird es von dieser Seite niemals geben, da auch diese konkreten Interessen vertreten und verfolgen. All das wurde

ja anhand der Berichterstattung über die Demo mehr als bestätigt.

### Gewaltfrage

Ein paar Flaschen und Leuchtraketens können nicht als ernstzunehmender Widerstand gegen die Staatsgewalt gesehen werden. Sie dienen zur Zeit nur dazu, Demonstrant/inn/en in der veröffentlichten Meinung zu diffamieren und rufen Spaltungen innerhalb der Widerstandsbewegungen hervor. Doch dieser Prozeß der Gegenwehr könnte schon bald in eine ganz andere Richtung verlaufen. Denn sind diese derzeit nur hilflosen Versuche der Gegenwehr gegen eine immer bedrohendere und offensichtlicher werdende Staatsgewalt nicht die ersten Schritte zu einem Widerstand, der sich nicht mehr von offizieller Seite planen und kontrollieren läßt? Schritte hin zu einem Widerstand, der sich nicht mehr nur strikt an die gestatteten Formen des Protests hält, um das System als Ganzes in Frage zu stellen. Dies in einer Weise, die eine Reaktion des Systems provoziert und nicht, wie es bisher geschah, Protest als Mittel der persönlichen Beruhigung und Abstützung, als Absicherung der herrschenden Klasse. Unsere derzeitigen Protestformen führen niemals zur direkten Konfrontation. Es werden stets irgendwelche Schreiberlinge, "Ordnungshüter", etc. dazwischengeschaltet, die als Puffer dienen, durch den unser Widerstand abgefangen wird und die Verantwortlichen weiterhin ungeschoren davorkommen.

Über die Frage der Gewaltanwendung muß natürlich innerhalb der neuen Protestbewegung ausführlichst diskutiert werden. Auf keinen Fall darf sich unser Gewaltbegriff auf die vorgegebenen Definitionen des Kapitalismus stützen. Dieser Widerstand soll radikal, aggressiv und phantasievoll sein, er soll Inhalte vermitteln und Zusammenhänge verständlich machen. Er darf nicht länger hinter Absperrungen der Polizei stattfinden, sondern muß sich direkt an die Verantwortlichen des derzeitigen "Law and Order - Establishments" richten. Dieser Widerstand muß unsere Antwort auf die Unmenschlichkeit unserer gesellschaftlichen Strukturen sein, denn, wie wir es schon im letzten "Autonomen Stadt - Info" lesen konnten, wird Freiheit nicht erbettelt, sondern erkämpft!

Tristan Sindelgruber

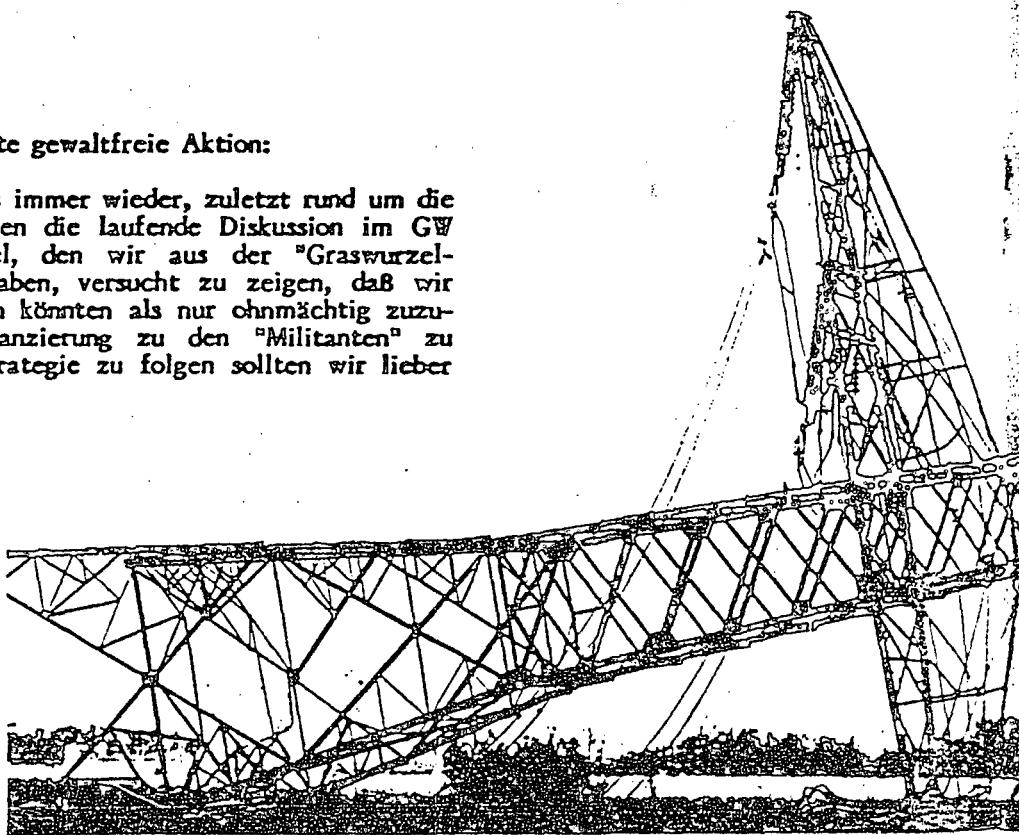
# Wenn der Strommast fällt

## Überlegungen zur Sabotage als direkte gewaltfreie Aktion:

Die Gewaltfrage stellte sich für uns immer wieder, zuletzt rund um die Ereignisse des Opernballs. Wir wollen die laufende Diskussion im GW weiterführen. Der folgende Artikel, den wir aus der "Graswurzelrevolution" Nr. 110 übernommen haben, versucht zu zeigen, daß wir "Gewaltfreien" mehr Antwort bieten könnten als nur ohnmächtig zuzuschauen oder uns mit einer Distanzierung zu den "Militanten" zu begnügen. Anstatt einer Spaltungsstrategie zu folgen sollten wir lieber eine konstruktive Diskussion führen.

"Um eine radikale Revolution zu machen, muß man also die Stellungen und Dinge angreifen, das Eigentum und den Staat zerstören, dann wird man nicht nötig haben, Menschen zu zerstören und sich zu der unfehlbaren, unvermeidlichen Reaktion zu verurteilen, die in jeder Gesellschaft das Massaker von Menschen stets herbeiführte und stets herbeiführen wird."

Michail Bakunin



## Das Verhältnis von individuellem Risiko zum Nutzen

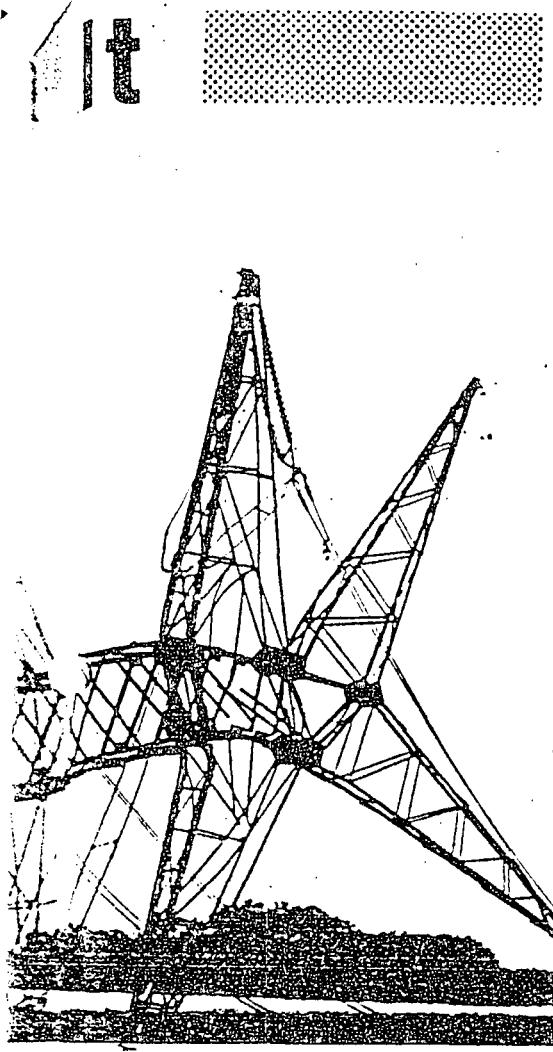
Zunächst einmal: ungefährlich ist die Sache nicht. Vor jeder leichtfertigen und überstürzten Handlung muß gewarnt werden. Die Vorbereitungszeit dauerte in meinem Fall über zwei Monate. Besonders wichtig ist es, die Stelle des Strommastes sorgfältig auszusuchen. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß der Mast auf freiem Feld steht und zwischen den zwei jeweils anschließenden Masten keine Straßen sind. Es könnte sein, daß der fallende Mast einen oder mehrere weitere Masten umwirft oder so beschädigt, daß das darunterliegende Gebiet unter Spannung steht. In einem Fall fuhr später ein Auto in die Spannungskabel und es gab Verletzte. Solche Möglichkeiten sollten durch eine gute Auswahl des Ortes soweit wie möglich ausgeschlossen werden.

Des Weiteren sind Fluchtwägen vorauszuplanen. Sie sind sehr wichtig

ig, weil die Stromkonzerne den Schadensstandort sofort lokalisieren können. Die Aktion kann mit gewöhnlichen Eisensägen durchgeführt werden. Anleitungen waren z. T. schon in der taz und verschiedenen Zeitschriften abgedruckt. Außerdem kursieren viele Beschreibungen und Sägeanleitungen von "Revolutionären Heimwerkern" in der Szene. Sie sollten vor der Aktion ausführlich diskutiert und miteinander verglichen werden, denn leider sind einige dieser Anleitungen mindestens ungenau, wenn nicht verantwortungslos. Sehr vorteilhaft wäre es auch, sich bei vertrauenswürdigen Leuten zu erkundigen, die etwas von Elektrizität verstehen. Ihr Rat gehört zu dieser Aktion wie der Rat des Rechtsanwalts zu anderen gewaltfreien Aktionen. Es sei auf einen Fall in Frankfurt hingewiesen, als sich eine Frau in noch nicht geklärtem Zusammenhang mit einer Sägeaktion schwere Verbrennungen zuzog. Schließlich empfiehlt sich trockener Boden, ebenso wie trockene Luft, kein Nebel. Für den Anfang muß mensch ja nicht gleich den allergrößten Masten nehmen. Mit diesen

Vorsichtsmaßregeln kann das Risiko der Verletzung von Personen, vor allem natürlich der eigenen Person weitgehend minimiert werden - völlig ausgeschlossen werden kann es nicht, schon deshalb nicht, weil ein eventuelles Reißen der Kabel die Gefahren immens steigert. Zwar könnte dem entgegengehalten werden, daß auch bei anderen gewaltfreien Aktionen Verletzungen, ja der Tod von Menschen nur denkbar minimiert, aber nicht ausgeschlossen werden können. Schließlich brachte schon die Beteiligung an einer legalen Demonstration in Wackersdorf zwei Menschen den Tod durch Polizei und CS-Gas. Doch hier ist der Punkt, an dem jede/r Aktivist/in selbst Risiko und Nutzen von Sabotage individuell abwägen muß. Leider spricht dies nicht gerade für eine Masseperspektive solcher Aktionen.

Auf eine weitere, ähnlich gelagerte Problematik sei hingewiesen: während bei breiten Kampagnen Zivilen Ungehorsams das individuelle Risiko von Strafverfolgung, Knast und Repression kalkulierbar bleibt,



sorgt die hohe zu erwartende Strafe bei Festnahme nach einer Sabotageaktion dieser Art (über ein Jahr Knast ist ziemlich sicher) für ein weiteres Risiko: mensch darf sich unter keinen Umständen erwischen lassen. Daß bisher noch kein Sägesisch erwischt wurde, ist keine Garantie. Am ersten besten kann dafür ein Exempel statuiert werden. Über die individuelle Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, sollte vorher ausführlich in der Gruppe diskutiert werden. Manchmal steigen Leute erst dann aus, nachdem sie ganz persönlich ihr eigenes Risiko mit dem Nutzen abgewogen haben. Es wäre unverantwortlich, dies nicht für legitim zu halten - ebenso wie es unverantwortlich ist, diese Aktion als leicht und ungefährlich zu propagieren. Leider spricht auch dies gegen eine Massenperspektive.

#### Absägen von Strommasten als direkte gewaltfreie Aktion

Weshalb habe ich mich aber nach Abwägung von Risiko und Nutzen doch entschieden, einen Masten zu fällen - zumal wenn ich, was ich für

sehr wichtig halte, jegliche Art von Heldenmythos ablehne? Die Antwort hat sehr viel mit Inhalten zu tun, die ich persönlich mit der Aktion verbinde. Erstens hat die Anti-AKW-Bewegung nach den Zaunschlachten von Brokdorf und Wackersdorf an Pfingsten und im Juni letzten Jahres mehr oder weniger reflektiert unter anderem auch zu dezentralen Sägeaktionen gegriffen. Ich sehe das als eine Flucht nach vorn an. Während am Bauzaun die Polizei den Platz hält und verteidigt, provoziert und Aggressionen auf sich zieht, also agiert - hat die Bewegung wesentlich auf die Polizeibrutalität reagiert. Ich sehe in den Sägeaktionen zunächst den Versuch, wieder selbstbestimmt und dezentral, also für den Gegner unberechenbar zu agieren.

Zweitens sehe ich im Absägen von Strommasten die direkte praktische Umsetzung meiner Gesellschaftskritik: Geschädigt wird unmittelbar der Atomstromkonzern, den ich durch Giroblau und StroBo so gerne treffen würde, es ohne eine gewaltfrei-libertäre Massenbewegung aber nur in Ansätzen kann. Zudem störe ich durch die Aktion das zentralisierte Hochspannungsnetz selbst und äußere dadurch auch praktisch meine Kritik an solchen (teilweise auch grünen) Ausstiegsszenarien, die bloß auf eine Verstaatlichung der von monopolistischen Stromkonzernen kontrollierten Hochspannungsmasten hinauslaufen. Ob monopolistisch oder verstaatlicht - ich bekämpfe jede Art von zentralisierter Energieversorgung, die dezentralisierter, kommunalisierte Energieproduktion auf niedrigem Niveau entgegensteht.

Drittens gefällt mir der handwerkliche Charakter der Aktion. Und zwar deshalb, weil ich durch diese Aktion auch das Industriesystem an sich kritisieren will, das Techniken wie z.B. die Atomtechnik produziert und hervorbringt, die rein zerstörerisch wirken und eben nicht auch positive, "friedliche" Eigenschaften und Nutzungsmöglichkeiten haben. Die Benutzung eines Handwerkzeugs wie der Säge bei der Aktion verdeutlicht, daß ich rein destruktive Technik (Sprengstoff, Molli, Brandsatz oder Bombe) abschaffen will. Die Säge als Handwerkzeug kann destruktiv und schöpferisch sein - sie kann zerstören und helfen, aufzubauen.

Viertens schließlich halte ich es für wichtig, diese Sabotageaktion

auch in weiterem Sinne als gewaltfreie Aktion zu begründen. In der Aktion zerstöre ich gerade Eigentum, Sachen, Dinge, die alle keine Gewalt erleiden können - also ist meine Aktion keine Gewalttat. In dem ich die Aktion gewaltfrei begründe, bestimme ich selbst, was ich unter Gewaltfreiheit zu verstehen habe und lasse mich nicht vom Staat in die Terrorismus-Ecke stellen. Hier eröffnet sich eine wichtige Auseinandersetzung um Begriffe. Ich will dem Staat nicht die Definitionsmacht über das überlassen, was Gewalt ist und was nicht. Gerade deshalb müßte Sabotage als gewaltfreie Aktion offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden. Solange die Saboteur/innen nur im Subversiven agieren, haben sie gegen die Öffentliche Definitionsmacht des Staates keine Chance. Das stillschweigende Einverständnis vieler Bürger/innen wird von den Sabotierenden einfach vorausgesetzt, ist aber durch nichts garantiert, weil nicht öffentlich diskutiert. Die Brücke zu einer öffentlichen Diskussion schlagen könnte das öffentliche Ausstellen von demontierten Strommastschrauben, wie das von Hamburger gewaltfreien Aktionsgruppen praktiziert wird. Diese öffentliche Vermittlung halte ich für sehr wichtig, einerseits ist sie integraler Bestandteil aller gewaltfreien Aktionen, andererseits schützt Öffentlichkeit indirekt vor staatlicher Repression und Gleichsetzung mit Terrorismus.

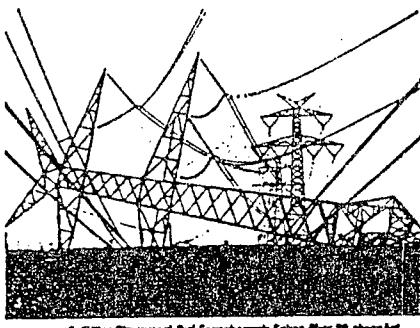
#### Allgemeines zu Sabotage und Gewaltfreiheit

"Die Zerstörung der 'falschen' Gegenstände muß zur Zerstörung des 'falschen' Bewußtseins führen. Wer Sachzerstörung oder -beschädigung vor allem am Ausmaß des herbeigeführten Schadens mißt, hat nur den Schatten des Widerstands erfaßt. Eine solche Sicht denkt in Kategorien militärischer Auseinandersetzung. In der Fähigkeit zu zerstören ist uns die Macht des Staates und des Kapitals jedoch allemal überlegen, denn diese Macht ist wesentlich auf menschen- und naturverachtende Gewalt aufgebaut. Sich auf die Ebene der militärischen Konfrontation zu begeben (d. h. darauf zu setzen, den Gegner durch Zufügen möglichst großen Schadens zu besiegen), hieße die Niederlage vorzuprogrammieren. Die Gefahr ist groß, daß angesichts der drohenden Niederlage nach immer stärkeren Mitteln gerufen wird und die Ver-

letzung oder das Töten von Menschen nicht mehr ausgeschlossen bleiben."

Daß diese Einschätzung richtig ist, zeigt die Entwicklung der Revolutionären Zellen (RZ), die ursprünglich von vielen Autonomen wegen ihrer Sabotageaktionen und Anschlägen geschätzt wurden oder noch werden. Die Schüsse auf den Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg mögen jetzt viele schockieren, sie lagen aber in der Logik der Entwicklung der RZ. Ihre Aktionen, auch wenn sie keine Menschen trafen, wurden oft mit Waffen durchgeführt (Sprengsätze), waren meist auf hohen materiellen Schaden aus und wurden antiimperialistisch und eben nicht libertär-gewaltfrei begründet. Überhaupt ist der Begriff "Anschlag" problematisch: Anschläge können auch auf Menschen gemacht werden, der Unterschied zu den "Stellungen und Dingen" im Bakuninschen Sinne verschwindet.

Um aber Stellungen und Dinge wirksam zu zerstören, ist es gerade nötig, daß die beteiligten Menschen sich verweigern; daß sie die Stellungen nicht mehr tragen, ausfüllen. Sabotageaktionen müssen sich also daran messen lassen, inwieweit es gelingt, Strategien voranzutreiben, die auf Verweigerung des Gehorsams zielen. In unserem Fall: erst wenn die Strommasten niemand mehr aufbaut, ist die Propaganda der Tat erfolgreich. Dies kann nur dann passieren, wenn die Menschen wissen, daß die Aktionen nicht gegen sie gerichtet sind, d.h. wenn die Sabotage gewaltfrei begründet ist. Das hieße auch, daß bei Strommastaktionen möglichst darauf zu achten ist, daß es wenig Stromausfälle bei Verbraucher/innen gibt. Stromkonsument/inn/en sollen nicht geschädigt, sondern gewonnen werden. Ihre Sympathie soll geweckt werden, damit sie ihre Konsumkraft als Kampfmittel gegen die Atomstromkonzerne entdecken und so Giroblau oder StroBo-Perspektiven zu einer Massenbasis verhelfen. Diese Funktion fällt der Sabotage in einer gewaltfreien Strategie primär zu: sie soll helfen, Menschen dem System zu entziehen. Auf die Gefahr, durch Sabotage den Schaden auf die Konsument/inn/en abzuwälzen und dadurch einen kontraproduktiven Effekt zu bewirken, haben auch Anarchisten wie z.B. Max Nettlau hingewiesen. Weitere, vor allem holländische Libertäre der 20er und 30er Jahre haben die Sabotage einer gewaltfreien Massenverweigerungsstrategie untergeordnet. Sabotage



Strommasten und Pfeil (Anschlag) Schaden über 20 abgesetzt

ist demnach kein Selbstzweck. Noch keine Revolution ist durch Sabotage ausgelöst worden, noch kein Staat ist rein materiell an seinem hohen Preisbankrott gegangen - im Gegen teil: hier muß darauf hingewiesen werden, daß der Staat mangelnde materielle Mittel durch Gewalt ersetzen kann: die Nazis weigerten sich z.B. die Schulden und Reparationen der Weimarer Republik weiterzuzahlen und beuteten per Arbeitsdienst und Zwangslager Arbeitskräfte unentlohnnt aus.

#### Sabotage und Ziviler Ungehorsam

In den Kämpfen der Arbeiterbewegung zeigt sich, daß Sabotage Reformen indirekt erzwingen kann. Langsam-Arbeiten und Maschinen destruktion kosten mitunter den Kapitalisten so viel, daß ihnen sozial partnerschaftliche Konzepte besser und billiger erscheinen. Wichtig ist hier, wahrzunehmen, daß es in dieser Sicht nicht die reformistischen Parteien waren, die dies erreichten, sondern die direkte Aktion der Arbeitenden durch u.a. Sabotage.

Die heutigen Möglichkeiten der Sabotage lassen sich ausgehend vom Volkszählungsboykott 1983 gut illustrieren. Zu dieser Zeit gab es viele Anschläge und Sabotageaktionen (vor allem der RZ) gegen Rechenzentren und Datenbanken. Sie gingen aber im öffentlichen Bewußtsein weitgehend unter. Was zum Erfolg der Boykottkampagne beitrug, war der ersichtliche Wille großer Teile der Bevölkerung, sich dem Staat zu verweigern. Aus dieser Erfahrung läßt sich wiederum schlüffolgern, daß hier Sabotage eigentlich überflüssig war. Wie wenig öffentlich unvermittelte Sabotageaktionen und Anschläge letztlich im allgemeinen Bewußtsein bleiben, zeigt das Beispiel der letzten großen Anschlagswelle nach dem RAF-Hungerstreik 1984. Nach vielen Anschlägen jubelte ein Kommentator der *taz*, die Anschläge hätten bisher bereits mehr materiellen Schaden angerichtet als die gesamte Friedensbewegung. Heute weiß jedoch kaum noch jemand von dieser Sabotagewelle - einmal ganz abgesehen von ihren Begründungen.

**A**ufgrund all dieser Beispiele und Erfahrungen würde ich vorschlagen, Sabotage als gewaltfreie Aktion Kampagnen Zivilen Ungehorsams unterzuordnen. Das hieße, daß in Phasen ohne Massenperspektive Sabotage unter bestimmten Bedingungen (u.a. wenn sie gewaltfrei begründet wird) zu einer Etablierung einer Massenbasis für Zivilen Ungehorsam beitragen kann. Ist die Massenbasis erreicht, entzieht der Zivile Ungehorsam die Menschen dem System und trifft es damit an dessen wichtigster Machtbasis. Sabotage wird in einer solchen Kultur des Zivilen Ungehorsams tendenziell überflüssig bzw. hat unterstützenden, begleitenden Charakter. Wichtig scheint mir aber zu sein, darauf hinzuweisen, daß Sabotage gerade nicht der entscheidende Faktor sein kann und deshalb eine Strategie Sabotage nicht in den Mittelpunkt stellen sollte. Unter Umständen könnte Sabotage heute eine unterstützende, vielleicht sogar vorantreibende Funktion für Kampagnen Zivilen Ungehorsams haben. Da heute Sabotage kaum gewaltfrei begründet wird, demonstriert ihre Praxis vor allem Mißtrauen in die Wirklichkeit von Kampagnen Zivilen Ungehorsams. Solange dies so bleibt, kann Sabotage keine große Hilfe für den Zivilen Ungehorsam sein. Auswege deuten sich an, wenn z.B. die dezentralen Blockaden in Wackersdorf von Sabotageaktionen unterstützt werden. Die Blockaden, die Aktionen Zivilen Ungehorsams also, bleiben aber im Mittelpunkt der Strategie der Bewegung.

Gewaltfreie Aktionsgruppen haben jedoch in ihren Orten eine Struktur des langen, gegenseitigen Kennenlernens; eine Sprachkultur, die gegenüber Verbalradikalismus und subversiver, nicht gemeinsam konsensmäßig beschlossener Aktion mißtrauisch ist - also Spitzeln und Polizeiprovokateuren die denkbar schlechtesten Chancen bietet. Gerade deshalb scheinen sie geeignet, Sabotageaktionen verantwortungsbewußt durchzuführen. Wenn lange in der Gruppe über Sabotage als gewaltfreie Aktion diskutiert wurde und sich vor allem über Mittel und Wege geeinigt wurde, eine öffentliche Vermittlung der Aktionen zu erreichen - dann könnten Ansatzpunkte gefunden werden, dem herrschenden Trend Sabotage als Terrorismus zu diffamieren, öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten.

G. Walfrei